

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 M., monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamazeile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postkontokonto Danzig 2045 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 236

Freitag, den 8. Oktober 1920

11. Jahrgang

Pazifismus? Sozialismus!

In Braunschweig hielten die zwölf pazifistischen Organisationen den 9. deutschen Pazifistenkongress ab. Wenn es auch manches Mal zu scharfen Worten kam, wenn die Tagung auch tiefe Klüfte zwischen den gemäßigten und den radikalen Pazifisten aufdeckte, im allgemeinen war der Ton des Kongresses auf Sachlichkeit, vornehme Zurückhaltung, Achtung und Höflichkeit auch dem Gegner gegenüber gestimmt. Viele der Teilnehmer entstammten und gehörten zu der vornehmen Welt, haben sich aus dem bei den vermögenskräftigen und höheren Ständen herrschenden kriegerischen Nationalismus durchdrungen zu einem idealen Pazifismus, kämpfen nun für Völkerverständnis und ewigen Frieden. Hoch mag ihnen das angerechnet sein, wer in die „Standesbewußten“ Klassen Deutschlands hineingekommen hat, weiß, wie brutal ihr gesellschaftlicher Bann die Abtrünnigen treffen kann. Einen Momentblick auf diese Kämpfe zwischen der bürgerlichen Masse, die die vorgezeichneten Bahnen nicht verläßt, und denen, die einen eigenen Weg gehen, gab die Erklärung der drei demokratischen Pazifisten Duidde, Ruschke und Schüding, daß sie stets Opposition seien, in der eigenen Fraktion allein ständen. Trotzdem aber zählen sie sich, wie viele, zu den bürgerlichen Parteien. So stark ist der Klassenzwang, als daß sie den Weg zur Sozialdemokratie finden würden.

Und es ist wahr, uns Sozialdemokraten als Friedensfreunde, Anhänger eines internationalen Völkerbundes trennt etwas von jenen bürgerlichen Pazifisten. Es steht eine Mauer zwischen ihnen und uns. Man sah sie, wenn man im vornehmsten Hotel Braunschweigs als Gast die reingeistigen Reden und Pläne hörte und gleichzeitig hinaus sah durch die hochmütigen Bogenfenster in die Stadt. Gerade in eine der finstersten, ältesten Armeleutstraßen ging der Blick.

Da sah die Seele derer, die wissen, wie es in solchen Armeleutgassen zugeht, die Mauer zwischen den intellektuellen Pazifisten und uns, da sah man sie getürmt aus Geld und Reichtum und gesicherter Lebensstellung; da sahen scharfe Augen, wie unendlich anders das Streben und Ringen doch ist, wenn man zwischen sich und dem Unwillen der andern eine Mauer von Geld bauen kann!

Die Erinnerung an unsere Vorkämpfer kam, die nach ahnend, noch erst halbklar, streben nach Licht und Freiheit, rangen für sich und die Elendsgenossen um besseres Leben — bis die um ihren Geldbeutel besorgten Unternehmer sie auf die Straße setzten. Wie viele muhten sich zähneknirschend der Unternehmernute Brotlosmachung beugen? Wie viele verrieten ihr und der Genossen Ringen, weil Frau und Kinder nach Brot schrien?

Drinne redet einer, der glaubt mit liebeglühenden, menschlichkeitsdurchspülten Worten die Welt, die Menschen friedfertig und glücklich machen zu können. Lobende, reine Begeisterung, edelstes Streben ist in seinen Worten. Sie wärmen und wir Sozialisten aber blicken durch die hohen Fenster hinaus in die Armeleutgasse. Wir denken daran, daß Millionen nicht wissen, wovon sie morgen leben sollen. Wir wissen, daß Millionen feiler Blätter in die verzweifelnden, elenden Massen das Wort werfen und werfen vom Erbfeind, vom befreienden Krieg.

Wir wissen, daß Tausende von Kapitalisten sich belauern wie wilde Tiere, die eins dem andern die Beute wegschnappen wollen, die aber noch gefährlicher sind als wilde Tiere, weil sie Verstand haben, den sie benutzen, um Millionen von Menschen in falschen Anschauungen, Lügen und Unwissenheit zu erhalten.

Wir achten den Willen zum Guten, zum Frieden in den unsozialistischen Pazifisten, aber wir wissen, daß der gute Wille allein nie diese Welt umgestalten kann. Darum ist unser Pazifismus ein anderer. Wir jagen keinen himmelblauen Völkerverbrüderungsphantomen nach, die materialistische Weltanschauung, die unsere Denker in selbstloser Wühlerrei in trockenstem und trostlosestem Alltagsstaub geschaffen, weist uns alle Ranten und Grenzen auch des besten, idealsten Wollens und Planens, und wir bescheiden uns als Kinder dieser Welt und ihrer ewigen, ehernen Gesetze. Wir bauen kein Phantasieziel, innerhalb der Möglichkeiten, die diese Erde und ihre Gesetze geben, bleibt unser Weg. Wir glauben nicht daran, daß es gelingen kann, durch noch so gute Schiedsgerichte inneren und äußeren Krieg auszuschalten, so lange die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht.

So lange noch in den einzelnen Staaten Kapitalistengruppen ihre Geschäfte, ihren Ausdehnungsdrang, ihre Anlehnung an Ausbeutungskolonien unter dem Schutze des jeweiligen Staates betreiben, so lange noch die Kapitalisten des einen Staates denen des andern konkurrierend gegenüberstehen, planlos die einzelnen Kapitalisten gegeneinander wirtschaften, glüht Kriegsgewalt in dieser Erde, die bereits in verheerenden Flammen über die Volksmassen, noch so friedfertig, zusammenschlagen können.

Erst wenn eine sozialistische Weltwirtschaft die Kämpfe ausbeuterischer Kapitalisten ausgeschaltet hat, erst wenn eine planvolle Weltwirtschaft die Bedürfnisse des einen Staates wie die des andern berücksichtigt, dann, auf diesem Grunde nur, kann der politisch und kulturelle Neerbau des Friedensbundes aller Völker errichtet werden. Vern und schon jeder stimmt mit ein in den Ruf: Krieg dem Kriege, aber wir rufen weiter, sieges- und wahrheitsbewußt: Krieg dem Kapitalismus. Nur der Weltsozialismus ist der Weltfrieden!

Befundung der Weltfinanzen.

Die Brüsseler Finanzkuren.

Brüssel, 7. Okt. (W. L. B.) Die von der Finanzkonferenz eingesetzten Kommissionen haben heute ihre schriftlichen Berichte zur Beschlussfassung vorgelegt. Es sei hier besonders auf den Bericht der dritten Kommission, die über den internationalen Handelsverkehr zu berichten hatte, hingewiesen, welche als einzige Voraussetzung für einen ordnungsmäßigen Handelsverkehr den Frieden im Äußern und Innern fordert. In dem Bericht der ersten Kommission über die Staatsfinanzen werden die Grundzüge aufgestellt, die für eine ordnungsmäßige Budgetwirtschaft Geltung haben. Die Finanzkommission macht die öffentliche Meinung in allen Ländern für die schlechten Staatsfinanzen und damit für die hohen Kosten der Lebenshaltung mit verantwortlich. Zur ordentlichen Finanzwirtschaft gehört die Anspannung aller Steuerquellen und die Pflicht, die Ausgaben zu beschränken sowohl von Seiten der Staaten wie der Privaten.

Es wird besonders eine strenge Einschränkung der Ausgaben für Rüstungszwecke gefordert. Die Kommission schlägt der Konferenz vor, den Völkern und zu bitten, daß er sobald wie möglich mit den Regierungen unterhandeln möge, daß eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen erfolgt. Es gebiete auch die Pflicht, den verarmten Völkern der Welt keine Lasten in dieser Hinsicht aufzuerlegen. Des weiteren sprach sich die Kommission einstimmig gegen die Anwendung künstlicher Mittel (1), um die Preise der Lebensmittel und anderer Bedarfsartikel herabzusetzen, aus. Auch der Bericht der fünften Kommission über das internationale Kreditwesen betont, daß der ordnungsmäßige Kreditverkehr sich nur entwickeln könne, sobald unter den Völkern wieder Frieden herrsche. Die Kommission hat ein umfangreiches Projekt ausgearbeitet, wonach ein besonderer internationaler Organismus für die Regelung der Kreditbeziehungen unter den Staaten geschaffen werden soll. Das Projekt deckt sich im wesentlichen mit dem Gedanken, der in dem Vorschlag des holländischen Bankiers Termeulen entwickelt wurde.

Um den Regierungen die Anwendung der dargelegten Grundzüge zu ermöglichen, müßten alle Klassen der Nationen mitarbeiten. Die Industrie müßte so organisiert werden, daß die Arbeiter angespornt werden, die höchste Leistungskraft anzuwenden. Nur auf diese Weise würde es möglich sein, die Lebensbedingungen wieder aufzurichten, die jede Nation als eine Pflicht gegenüber dem Volke betrachtet.

Auf der anderen Seite müssen alle Klassen, insbesondere die vermögenden Klassen, bereit sein, willig selbst ganz außerordentliche Lasten auf sich zu nehmen, um aus der gegenwärtigen Lage herauszukommen. Um die Klüfte zu überbrücken, die notwendigerweise während mehrerer Jahre die Nachfrage und das Angebot trennen wird, ist es vaterländische Pflicht jedes Bürgers, größtmögliche Sparsamkeit walten zu lassen und nach Kräften zur Vermehrung des allgemeinen Wohles beizutragen. Der gute Wille des einzelnen ist die notwendige Voraussetzung für den Erfolg der staatlichen Maßnahmen zur Befundung der Finanzen.

Die Kommissionen haben ihre Berichte heute der Volksversammlung vorgelesen können. Die Berichte wurden einstimmig angenommen. Es ist anzunehmen, daß die Konferenz am Freitag nachmittag ihre Schlußsitzung abhalten wird.

Mit den Ergebnissen der Brüsseler Finanzkonferenz wird sich noch eine eingehende Beschäftigung notwendig machen. Heute sei nur auf die eigenartige Auffassung über den Abbau der Preise hingewiesen. Es kann sich bei diesem doch zum überwiegenden Teile nur um den natürlichen Abbau der durch Anwendung künstlicher Mittel — Zurückhaltungen, Schleichhandel usw. — hervorgerufenen Preissteigerungen handeln, nicht aber beinahe umgekehrt, wie es die Finanzleute zum Ausdruck bringen.

Auch den Appell an den guten Willen der vermögenden Klasse wird man durch gesetzliche Maßnahmen erheblich fördern müssen.

Deutschlands Finanzerdrosselung.

Berlin, 7. Okt. (W. L. B.) Der Reichsrat nahm eine Entschliessung an die Reichsregierung an, die der es heißt: Die Ausgaben in dem dem Reichstag vorgelegten Haushaltsentwurf für 1920 vermehren sich, wie er jetzt aufzustellen möglich gewesen ist, durch Steigerung der laufenden Aufwendungen zur Unterhaltung des Besatzungsheeres in den Rheinlanden auf 91,5 Milliarden Mark. Ungeachtet hiervon sind 49,7 Milliarden Mark. Der Gesamtschuldenbetrag unter Einschluß des Fehlbetrages bei Allenbach von 2,5 Milliarden Mark. Die Finanzlage ist hierdurch so ernst, daß das Gebot strengster und radikalster Einschränkung der Ausgaben nicht aufhört betont zu werden braucht. Je mehr zudem die Gestaltung des Haushalts von den in ihrem Ausmaß angebotenen aus den Bestimmungen des Friedensvertrages hergeleiteten Forderungen unterer Vertragsgewer abhängt, um so zwingender erhebt sich die Notwendigkeit, auf allen andern Gebieten die starke Minderung der Ausgaben eintreten zu lassen, die für ein verarmtes Staatswesen unerlässlich ist. Dazu bedarf es eines wirksamen Einflusses des Reichsfinanzministers auf die Gestaltung derjenigen Ausgaben, deren Be-

messung in unserer Hand liegt. An die Reichsregierung richtet der Reichsrat daher die Bitte, ihre Entschliessungen so zu gestalten, daß das Ziel, den Finanzminister mit den zur Durchführung strengster Sparsamkeit bei den Reichsausgaben unentbehrlichen Machtbefugnissen auszustatten, erreicht wird.

Auch die größte Sparsamkeit wird Deutschland nicht, die Lasten tragen lassen können, die ihm durch Friedensvertrag und Besatzung auferlegt werden. Ob die Entente diese Einsicht bald erhalten wird?

Unterzeichnung des Präliminarfriedens.

Kopenhagen, 7. Okt. (W. L. B.) Einem Telegramm aus Riga zufolge wird die Unterzeichnung des Präliminarfriedens zwischen Polen und Rußland am Freitag in einer öffentlichen Sitzung erfolgen. In polnischen Unterhändlerkreisen wird erzählt, daß die Vorschläge, die polnischen Vorschläge in allen wesentlichen Punkten angenommen haben. Die ostgalizische Frage ist in den Verhandlungen ausgeschlossen; die Grenze wird westlicher gelegt, als von der Sowjetdelegation vorgeschlagen wurde. Die russisch-ukrainischen Unterhändler dagegen behaupten, daß das Abkommen auf der Grundlage der polnischen Minimalforderungen zustande kam, die mit den Erklärungen des allrussischen Exekutiv-Zentralkomitees zusammenfallen.

Der Streit, welche Machtgruppe in dem Abkommen nur die Erfüllung ihrer Forderungen sehen kann, ist wohl mehr eine Frage des Prestige.

Wesentlich ist jedenfalls, daß es nunmehr überhaupt zu einer Verständigung gekommen ist und daß die Feindseligkeiten, wie verlautet, am Sonnabend, den 9., eingestellt werden sollen. Die Verhandlungen über den endgültigen Friedensvertrag sollen in etwa 10 Tagen wieder aufgenommen werden, jedoch nicht mehr in Riga. Die Polen wünschen aus praktischen Gründen diese Verhandlungen von Warschau nach Warschau zu verlegen. Jedoch ist es sehr zweifelhaft, daß dieser polnische Vorschlag durchgeht.

Die polnisch-französischen Konspirationen.

Berlin, 7. Okt. (W. L. B.) Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, werden dem Reichstage bei seinem Zusammentritt die bereits angekündigten Weißbücher über Obereschlesien vorgelegt werden. Sie sind in einem Bande vereinigt und enthalten Material über die geheimen polnischen Kampforganisationen in Oberschlesien und ihren Zusammenhang mit dem Aufstand im August 1920. Sie bringen weiter Feststellungen über das Verhalten der internationalen Kommission und ihrer Organe, insbesondere der französischen Truppen, sowie eine Zusammenstellung polnischer Uebergriffe und Verbrechen.

Rußland soll erst zahlen.

London, 7. Okt. (W. L. B.) Der ausführende Rat der Vereinigung der englischen Handelskammern hat sich in einer Entschliessung gegen die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland ausgesprochen, solange nicht alle nationalen, kommunalen und Privatschulden Rußlands aus der Zeit vor dem Kriege anerkannt werden.

Generalfreist in Portugal?

Madrid, 7. Okt. Die Agentur Fabra meldet über Ligo das Gerücht, daß in allen Städten Portugals der Generalfreist erklärt worden sei.

Post- und Telegraphenstreik in Amsterdam.

Amsterdam, 7. Okt. Gestern abend beschloß das Amsterdamer Personal der Post-, Telegraphen- und Telefonbetriebe von neuem, sofort in den allgemeinen Ausstand zu treten. Der Beschluß wurde sofort in Kraft gesetzt.

Der Berliner Zeitungsstreik.

Berlin, 7. Okt. Am Streik der Angestellten im Zeitungsgewerbe sind 4 einer Mitteilung des Reichs- 2400 männliche und weibliche Angestellte beteiligt, von der Ausperrung sind etwa 5000 bis 6000 Arbeiter betroffen, die sich in der Hauptsache auf die Verbände der Buchdrucker, Buchdruckerhilfsarbeiter und Buchbinder verteilen.

Durch den Streik und die Ausperrung können in Berlin keine Zeitungen erscheinen. Nur „Vorwärts“ und „Freiheit“ werden von der Stilllegung nicht betroffen, da diese Betriebe der Vereinigung der großstädtischen Zeitungsvorleger, die die Ausperrung nicht angeht, nicht angeschlossen sind.

Noch länger Zeit.

Hamburg, 7. Okt. (W. L. B.) Zum ersten Male nach dem Kriege läßt hier ein holländischer Frischdampfer, der Dampfer „Richard“ aus Dnuiden, eine Ladung gefangener englischer Heringe.

Neue Reichstagsagung.

Berlin, 7. Okt. (W. L. B.) Der Reichstag tritt am 19. Oktober 1920, nachmittags 3 Uhr, zusammen.

Witzig der deutschen Sozialdemokratie.

Der zum deutschen Parteitag erscheinende Bericht des Parteivorstandes zeigt, daß trotz aller Anfeindungen und gegenläufigen Behauptungen die Partei im letzten Jahre eine gesunde und stetige Entwicklung genommen hat. Es ist auch kein Zeichen geistiger Trägheit, wenn der neue Parteivorstand herabsetzende Gutachten zum Programm trotz seiner Auflage von 20.000 bereits wenige Tage nach dem Erscheinen vergriffen war.

Nach dem im letzten Winter in der Parteikonvention in den ersten Monaten der Revolution mit dem Eintritte des Tempus eintreten. Aber immerhin ist noch eine Anzahl der Anführer der Parteiführung auch im vergangenen Jahre zu erreichen. Nach dem ungeheuren Rückgang der Organisation in der Vergangenheit hatte das Jahr 1919 den ganz normalen Zuwachs von 26 Prozent gebracht. Das kann natürlich nicht wenig zu betonen. Immerhin war aber im Jahre 1920 noch eine Mitgliederzunahme von 15 Prozent zu verzeichnen. Nach dem Bericht des Parteivorstandes zählt die Partei jetzt:

1 180 208 eingeschriebene Mitglieder.

Dies sind also stellen abwärts ausgedrückt 168.000 Mitglieder. Die Organisation aller 17.000 Ortsgruppen wird geleitet durch die Parteizentrale, die die Zahl der weiblichen Mitglieder abgenommen hat. Entsprechend dieser Tatsache baldigst auszuweisen.

Die letzten Mitgliederzahlen haben sich die Parteivorstände der Hauptstädte nicht als verifiziert. Sie liegen auf rund 1.434.000. Das ist die stärkste Mitgliederzahl, die je zu verzeichnen war. Auch die sonstigen Beiträge haben sich mehr als verdoppelt, was hauptsächlich auf den Rückgang des letzten Parteitages zurückzuführen ist. Der die Parteizentrale verpflichtete, von ihrem Programm 20 Prozent an die Hauptstädte abzuliefern. Auch von der ungeheuren Verteilung aller Rohmaterialien hat die Parteizentrale die Zahl der Parteimitglieder im Berichtsjahre ganz wesentlich vermehrt, sie stieg von 15 im Vorjahr auf:

147 Parteibücher im Berichtsjahre.

„Neuer Zeit“ und „Mäurer Karob“ und „Gleichheit“ haben eine Anzahl des Abonnementkandes zu verzeichnen, nicht selten wegen der leider notwendigen starken Erhöhung des Preises. Sehr gut entwickelt hat sich die Buchhandlung Vorwärts.

Die Kassen der Parteizentrale der wichtigsten Parteibüchereien, die Abrechnung einzelner Funktionäre in amtliche Stellen und auch die wüste Gegenhaltung von der höchsten Instanz und äußersten Rechten überwunden. Bedeutende Erfolge erzielte die besonderen Organisationsarbeiten für Lehrer und Beamte.

Der Lehrgangsausschuß, der während der Kriegszeit seine Tätigkeit fast völlig einstellen mußte, nahm diese im Berichtsjahre wieder auf. Seine praktische Tätigkeit bestand in der Förderung der örtlichen Bildungsausschüsse.

Auch die Jugendbewegung wurde neu belebt, mit welchem Erfolg, man daraus ersehen werden, daß allein in einem Quartal die Anzahl der an Vortragsstunden, Einzelvorträgen, Wanderungen, künstlerischen Darbietungen, Spielen usw. beteiligten Jugendlichen 260.000 betrug.

Von der Frauenbewegung ist schon gesagt, daß leider ein Rückgang in der Zahl der organisierten Genossinnen zu verzeichnen ist. Immerhin weisen 15 Bezirks eine Zunahme auf. Die verstärkte Anteilnahme der Genossinnen am öffentlichen Leben macht sich allenthalben bemerkbar, in Reichs- und Landesparlamenten, wie in Kommunalvertretungen haben wir eine große Anzahl weiblicher Abgeordneter und Bürgerdeputierter. Eine organisatorische Neubildung von hohem Wert für die Arbeitserfolge ist die Schaffung eines Hauptauschusses für Arbeiterarbeit. Diese Gründung ist keine rein weibliche, auch sind die Frauen Hauptträgerinnen der Bewegung. Sie bewirkt die Wirkung der Arbeiterarbeit bei der Wahlhabilitation, insbesondere ihrer gezielten Regelung und sachgemäßen Ausübung.

Aufmerksamkeit über die Zahlen zum Reichstag, zu den Landtagen, den Gemeinde-, Kreis- und Provinzialvertretungen, der Reichsversammlung, den Bericht des Parteivorstandes. In einer Tabelle ist eine Übersicht über die Vertreterzahl unserer Genossinnen in den Kommunalvertretungen gegeben, aus der hervorgeht, einen wie starken Einfluß unsere Partei allein in diesen Stellen ausübt.

Alles in allem ein Bild regen Lebens und günstiger Aufwärtsentwicklung der deutschen Partei. Allen Anfeindungen von rechts und links zum Trotz steht sie als granitener Fels im Meer politischer Instabilität. Allenthalben sind unsere Genossen mit neuer Hoffnungstreue erfüllt, von neuem Geist belebt und zu verdoppelter Parteilichkeit bereit.

Auch für die Parteimitgliedschaft im Freistaat sollte das deutsche Parteileben zur weiteren unermüdeten Partiarbeit Veranlassung geben.

Polens trostlose Lage.

Bemerkenswert polnische Selbstgefälligkeit.

Ein trostloses Bild der inneren Lage Polens wird in dem in Warschau erscheinenden „Robotnik“ gezeichnet. In der Wochenübersicht dieses polnischen Blattes wird auf den Bericht hingewiesen, den die polnische Finanzdelegation der Warschauer Erwerbslosenversammlung vorgelegt hat. Aus diesem Bericht ergibt sich, daß Polen als Staat selbst in den letzten Jahren Vertrauen geniesst, die seiner Sympathien für die Weltbewohner verdächtig sind. In England — heißt es in diesem Bericht — sind die ersten Schritte einer Aufhebung von finanziellen Beziehungen von den englischen Kapitalisten für Polen ungenügend angesehen. Die Forderung Schandens über Polen ist nicht günstig, fast verächtlich; in Frankreich reichen die Sympathien für Polen nicht so weit, doch eine auf irgendeinem Wege dort aufgenommene Anleihe für Polen würde gütlicheren würde. Auch für die Einbringung einer künftigen Anleihe an der belgischen Börse sind keine Aussichten vorhanden. Entsprechend auf diesen Bericht der Delegation wird im „Robotnik“ nach dem Grund dieses Misstrauens gefragt, und es heißt: „Die polnische Waise liegt hier an ihrem Bett ein, ohne Aussicht darauf, ob die polnische Arme zurückweicht oder vorwärtsdrückt. Weich man denn im Ausland nicht, daß wir ein so unglücklicher Staat ohne Aussicht haben; daß wir demokratische Einrichtungen besitzen, daß aber die autoritären Einflüsse der national-demokratischen Clique in alle Gebiete des sozialen Lebens eindringen; daß eine gefährliche Gleichberechtigung aller Bürger besteht und daß trotzdem Staatsbürger zweiter und dritter Klasse vorhanden sind; daß wir einen Staatsauschuss mit einem riesigen Defizit besitzen, daß in

diesem Staatshaushalt aber nur 2 Prozent für das Schulwesen bestimmt sind, daß wir in dem früheren Kongresspolen 50 Prozent Analphabeten besitzen, daß wir keine, aber keine geschulten Beamten haben; daß in diesem Reich die Arbeitslosigkeit (Bettelarmut) und Beschäftigung blühen; daß der Kettenhandel in Polen in höchster Blüte steht; daß Polen Diplomaten dem Titel nach besitzt, die in Wirklichkeit diplomatische Funktionen nicht ausüben; daß die polnische Arbeiterschaft? Weich das Ausland etwa alles dieses nicht? Weich das Ausland nicht, daß der Krieg, den wir führen, 150 Millionen Mark täglich verdirbt, die doch nicht ohne Ende weiter gedruckt werden können? Welche Friedensdelegation in Riga muß diesen Bericht der Warschauer Delegation stets vor Augen haben und während der Verhandlungen daran denken, wie notwendig uns der Friede ist, wenn wir ein Staat, und nicht die Karikatur eines Staates sein wollen. Friede! Friede! und noch einmal Friede! wenn wir nicht wollen, daß uns Krankheit, Kettenhandel, Finsternis und die Schwelme fressen sollen.“

Die Zeitung der Arbeitervereine der polnischen Eisenbahner „Robotnik“ bestätigt diese Darstellung des „Robotnik“. In dem Witz heißt es: „Alles freibt dem Ruin entzogen: die Markt sind flüchtig, und es fehlt an Produktivität, die den Kurs heben könnte. Alle Güter des Staates werden für die Befriedigung der militärischen Bedürfnisse verwendet unter fürchterlicher, geradezu verzweifelter Vernachlässigung der anderen Gebiete. Weder die Industrie, noch der Handel, noch die Landwirtschaft, noch sonst etwas kann sich normal entwickeln. Die geistigen und die kulturellen Bedürfnisse des Volkes ersterben wegen Mangels an Mitteln. Die Regierung kann den Eisenbahnern nicht die genügenden Lebensmittel verschaffen, die das einzige Mittel gegen die fortschreitenden Lohnerhöhungen sind. Die allgemeine Schulspflicht ist zwar vorhanden, aber die Eltern müssen darauf verzichten. Wir nähern uns einer verzweifeltsten, aussichtslosen Lage. Die Menschen bekommen nicht genug zu essen; aus Erschöpfung verbreiten sich Krankheiten. Die fachmännisch ausgebildeten Eisenbahner verlassen den Dienst und wenden sich anderen Berufen zu, selbstverständlich zum Schaden des Eisenbahnwesens.“

Deutschland.

Die falschen Hoffnungen.

Paris, 6. Okt. (Havas.) Die Ankunft des deutschen Delegierten bei der Finanzkonferenz in Brüssel Beremann in Paris, die zeitlich mit der Rückkehr des französischen Botschafters in Berlin Laurent zusammenfällt, veranlaßt zu Gerüchten von einer möglichen Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland und von einem in naher Zukunft abzuschließenden Handelsvertrag zwischen den beiden Ländern. Nach dem Bericht Parisis sind diese Gerüchte durch nichts begründet. Seit dem im Juni d. Js. zwischen den technischen Delegierten der beiden Länder in Paris geführten Verhandlungen, die zu nichts geführt haben und daher abgebrochen worden sind, sei man in dieser Beziehung noch um keinen Schritt vorwärts gekommen.

Nachdem auf Grund der ersten Nachrichten schon Aussichten auf die wirtschaftlichen Beziehungen gelegt wurden, mußten die Hoffnungen vorerst wieder noch vertagt werden.

Die Einziehung der Waffen.

Hamburg, 6. Okt. Der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung Dr. Peters betonte in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Hamburger Fremdenblatts“, daß die Methode der freiwilligen Ablieferung unter Zulassung von Straffreiheit und Beschneidungspremie sich durchaus bewährt habe. Man könne feststellen, daß die bisher bekanntgewordenen Teilerfolge befriedigen. Unrichtig sei die Behauptung, daß infolge der Entwaffnung sich irgendwelche Erhebungen der öffentlichen Sicherheit und erhöhte Kriminalität bemerkbar gemacht hätten. Der Zeitpunkt, an dem die von den Leitungen der Grenzschutzorganisationen und Einwohnerwehren angemeldeten Waffenbestände abgegeben seien, würde von Fall zu Fall im Einvernehmen mit den Landesbehörden festgesetzt. Alle schweren Waffen ihrer Organisationen, wie Gewehre, Minenwerfer, Flammenwerfer und Maschinengewehre würden im Oktober eingezogen.

Deutschlands Arbeitslosigkeit.

Berlin, 6. Okt. (B. T. Z.) Wie uns aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. September 1920 305 398, der weiblichen Erwerbslosen 97 483, also insgesamt 402 881 gegenüber 414 716 am 1. September und 411 615 am 15. August 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 373 999 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Ihre Zahl betrug am 1. September 366 933. Die neuen Zahlen entsprechen etwa wieder dem Stande vom 1. August dieses Jahres.

Die Grenze der Unfallversicherung.

Der sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates trat am Dienstag, den 28. September, zu einer Sitzung zusammen, um zu dem Entwurf einer Verordnung über die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in der Unfallversicherung Stellung zu nehmen. Ein Antrag hierzu will angesichts der allgemeinen Steigerung des Gehaltsniveaus eine Abgrenzung des Jahresarbeitsverdienstes vermeiden wissen, eventuell aber die Grenze von 5000 Mark auf 30 000 Mark ausdehnen.

Polnische Judenpogrome.

Der „B. S. A.“ wird geschrieben: „Wie sehr die Redungen über Grausamkeiten, die von den vordringenden polnischen Truppen bei der Wiederbesetzung der kürzlich geräumten Gebiete verübt worden sind, den Tatsachen entsprechen haben, erhellt am einwandfreiesten aus einem jetzt bekanntgewordenen Befehl der polnischen obersten Heeresleitung. Es heißt darin, daß die fortgeführten auch aus weitaus polnisch gesinnten jüdischen Kreisen erlauteten Klagen über rassistisches Verhalten der fremden Besatzungstruppen die künftige Verhinderung weiterer Ausschreitungen den Armeekommandos zur unbedingten Pflicht macht. Sehr bezeichnend ist insbesondere folgender Satz: Maßnahmen für die Verhinderung einzelner Personen und gewisser Art in ganz und gar nicht zulässig, und jeder einzelne Fall muß unbedingt gerichtlich verfolgt werden.“

Gegen einzelne Armeekommandos sei eine Unternehmung bereits im Gange. — Aus der Tatsache, daß die polnische Heeresleitung sich zu einem derartigen Vorgehen veranlaßt sieht, kann auf den Umfang der stattgehabten Pogrome geschlossen werden.

Kriegsveteranen und Bildungsfragen.

In der Sitzung der Preussischen Landesversammlung vom 6. Oktober 1920 wurde ein Antrag Kopich (Dem.) beraten, wegen Erhöhung des Ehrensoldes an die Kriegsveteranen erneut bei der Reichsregierung vorzulegen zu werden. Ein Regierungsvertreter erklärte, er habe den Antrag schon bei seinem Bekanntwerden an das Reichsanzenministerium unter Vorführung weiter gegeben. Er habe jetzt die unverbürgte Nachricht erhalten, es beständen gute Aussichten, daß den Wünschen der Veteranen entsprochen werden kann. Abg. Kopich (Dem.) betont, es handle sich hier um eine einmütige Forderung aller Parteien. Nach Erledigung kleinerer Vorlagen folgte die gemeinsame Beratung von Anträgen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten auf Gemäßung der Besetzungslage an die preussischen Beamten der besetzten Gebiete gemäß den Sätzen des Reiches. Die Begründer der Anträge hoben die starke Stimmung hervor, die sich der Staats- und Gemeindebeamten infolge der bisherigen Entlassung gegen die Beamten des Reiches bemächtigt habe und verlangten, daß die Kommunalverwaltungen eingewirkt werden solle, auch die Gemeindebeamten gleichzustellen. Der Antrag wird dem Besetzungsausschuß überwiesen. Es folgt die Beratung des Antrages Graf (Soz.) für Arbeiter und Angestellte besondere Volkshilfschulische Mittelschulen einzurichten, die sich auf den Volks- und Fortbildungsschulen aufbauen. Der Handel- und Gewerbeausschuß empfiehlt die Annahme des Antrages. Die Abg. Hübner, Weidig und Genossen beantragen Heberweisung an den Hauptauschuß mit dem Ersuchen an die Regierung, eine Denkschrift über die bisherige Entwicklung des volkswirtschaftlichen Bildungswesens vorzulegen. Abg. Dr. Kähler (Deutschnat.) beantwortet den Heberweisungsantrag, weil er fürchte, daß sich sonst parteipolitische Momente geltend machen würden. Der Antrag geht an den Hauptauschuß. Es folgt die Beratung des Antrages Adolf Hoffmann (Unabh.) auf Vereinfachung und Kommunalisierung des Schachspielswesens und eines Zentrumsantrages auf Einführung der Schachspielgenur. Gemäß dem Ausschussantrag werden beide Anträge mit Rücksicht auf die reichsrechtliche Regelung der Sache für erledigt erklärt.

Die Kriegstransporte im Kieler Kanal.

Paris, 6. Okt. (B. T. Z.) Der Vorkommerrat hat in seiner gestrigen Sitzung unter dem Vorsitz von Jules Cambon beschlossen, das Anhalten eines dänischen Dampfers am Ausgang des Nord-Östsee-Kanals als eine Verletzung des Artikels 380 des Friedensvertrages zu betrachten. Dieser Artikel gewährt allen Mächten im Kriege wie im Frieden freie Durchfahrt durch den Kanal. Der deutschen Regierung soll eine Note in dieser Angelegenheit überreicht werden.

Anmerkung des B. T. Z.: Wie schon wiederholt mitgeteilt worden ist, steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß das im Artikel 380 des Friedensvertrages vorgesehene Recht der freien Durchfahrt durch den Kieler Kanal nicht ausschließt, daß beim Verkehr von Handelsschiffen durch den Kanal die deutschen Neutralitätsvorschriften zur Anwendung gebracht werden.

Die Neubildung der Memeler Staatsleitung.

Der Rücktritt des Memeler Landesdirektoriums ist nunmehr genehmigt worden. Die Staatsgeschäfte wird in Zukunft ein Staatsrat aus 20 Mitgliedern führen. Diefem gehört auch das bisherige Landesdirektoriumsmitglied, Geheimrat v. Schlenker, der kürzlich von der französischen Behörde zu Gefängnis verurteilt und dann begnadigt Befehl des Gutes Nauken an. Die Gewerkschaften haben fünf Vertreter in dem neuen Staatsrate.

Die Haftentlassung des Kommunisten Eisenberger.

München, 6. Okt. (B. T. Z.) In der heutigen Landtagsitzung wurde ein Antrag des Unabhängigen Gars auf sofortige Haftentlassung des wegen Aufreizung zum Klassenhaß zu zwei Jahren Gefängnis verurteilten kommunistischen Abgeordneten Eisenberger gegen die Stimmen der Mehrheitssozialisten, der U. S. D. und des Kommunisten Graf abgelehnt. Justizminister Roth stellte fest, daß es die Pflicht der Staatsregierung war, gegen Eisenberger vorzugehen.

Ausland.

Italiens Rußbarmachung der Wasserkraft.

Die „Independence belge“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem italienischen Vertreter auf der Brüsseler Konferenz. Dieser beschränkt sich darüber, daß England seine Kohlen in Italien dreimal so teuer als im eigenen Lande verkaufe. Italien sei dadurch genötigt, einen jährlichen Mehraufwand von 1 600 000 Lire aufzunehmen, ähnlich sei es mit dem Brot, das in Italien teurer sei als in irgendeinem anderen Lande. Italien sei bemüht, seine eigenen Wirtschaftskräfte zu entwickeln, vor allem auch durch Rußbarmachung der Wasserkraft. Aber auch hierin sei es sehr behindert durch die außergewöhnlich hohen Preise für dafür erforderlichen Materialien. Erfreulicherweise hätten Englands Vertreter bereits die Gefahr der Wirtschaftslage Italiens erkannt, und es sei zu hoffen, daß die britische Regierung den italienischen Anregungen Folge leisten wird.

„Genosse“ Enver Pascha.

Wie aus Baku gemeldet wird, betonte Enver Pascha auf dem Kongreß der dritten Internationale der Ostländer in Baku seine Übereinstimmung mit den Ansichten der dritten Internationale und erklärte im Namen der Organisationen von Marokko, Algerien, Tunis, Tripolis, Ägypten, Arabien und Indien, deren Vertreter er sei, den Beitritt zur dritten Internationale. Wer kennt die Wälder, zählt die Namen? Der Armenierhändler Enver, Dubendorffs Intimus, als Mitglied der Moskauer Internationale ist wirklich kein schlechter Witz als der „Genosse“ Brussilow.

Soziale Gesetzgebung in Spanien.

Madrid, 6. Okt. (Havas.) Das begab sich gestern zum König und kündigte ihm an, daß er beim Zusammentritt der neuen Cortes eine Anzahl Gesetzesentwürfe einbringen werde, die den sozialen Frieden wiederherstellen und jeden Terror bekämpfen sollen. Die Regierung beabsichtigt, eine Art obersten Rat zu bilden, der die Einzelheiten der neuen sozialen Gesetzgebung ausarbeiten soll.

Kleinkrieg um die Elektrizitätsvorlage.

38. Plenarsitzung des Danziger Volkstages am 7. Oktober 1920.

In der um 8.20 Uhr durch den Präsidenten Heinhardt eröffneten Sitzung begründet zunächst Abg. Ruhs (Dem.) einen Dringlichkeitsantrag über

die Gehaltsregelung der Angestellten der Freistaatsbehörden

betrifft. Der Antrag, der die schleunige Durchführung des Staatsratsbeschlusses vom 23. August 1920 fordert, findet einstimmige Annahme.

Darauf erfolgt die Weiterberatung der

Verordnung über die Elektrizitätspreiskontrollen.

Die §§ 2 und 3, die Rechtsfragen für die Übernahme der Betriebe regeln, kommen ohne Aussprache gegen die Stimmen der Deutschnationalen zur Annahme.

Beim § 4 beantragt die sozialdemokratische Fraktion die Streichung einer Bestimmung, die selbst bis zur Dauer eines Jahres nach Aufhebung der Pachtverträge noch

eine Entschädigung für entgangenen Gewinn vorzusehen.

Genosse Epil begründet den Antrag auf Streichung dieser Bestimmung. Nachdem gegen den Antrag der Sozialdemokraten die Entschädigung in der Verordnung aufgenommen ist, müsse wenigstens ein Uebermaß verhindert werden. Wenn es die rechten Parteien mit ihrer Sorge um das finanzielle Wohl des Freistaates ernst meinen, müssten sie den sozialdemokratischen Antrag annehmen.

Die Abstimmung ergibt jedoch wieder, daß die bürgerlichen Parteien ihre kapitalistische Interessenpolitik nicht dem Allgemeinwohl unterordnen können, denn der Antrag, dem nur von Sozialdemokraten und Unabhängigen zugestimmt wird, verfehlt der Ablehnung.

Die von den Deutschnationalen beantragte namentliche Gesamtbestimmung über den § 4 ergibt, nachdem sein 1. Absatz durch ein Mißverständnis in der Einzelabstimmung zur Ablehnung gekommen ist, mit 52 gegen 35 Stimmen der Deutschnationalen die Annahme des §.

Um den § 4 durch die Ablehnung der Deutschnationalen nicht zu Fall kommen zu lassen und damit nicht die ganze Verarbeitung vorerst zu verhindern, gibt die Linke dem § ihre Zustimmung, obwohl er nicht ihren berechtigten Wünschen entspricht.

Der § 5, der eine dauernde Preisbewachung der bisherigen Unternehmer vorsieht, indem diese die elektrische Arbeit stets zum Selbstkostenpreise erhalten sollen, wird auf Antrag der Sozialdemokraten mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Unabhängigen und der F. W. D. fallen gelassen. Die Deutschnationalen haben den Saal während der Abstimmung verlassen.

Im § 6, der dem Freistaat das Recht zurverleiht, elektrische Kraftleitungsanlagen in gesellschaftliche Betriebe einzubauen, um die Abführung elektrischer Arbeit im Interesse des Allgemeinwohls zu ermöglichen und dafür die Beteiligung und Entschädigung der betr. Gesellschaft vorzusehen, wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen, F. W. D. und dem kapitalistischen Teil des Zentrums angenommen.

Ebenso wird auch § 7 angenommen, der für Streitfälle bei vertraglichen Abschlüssen über solche Anlagen Schiedsverfahren vorsieht.

Die „positive“ Mitarbeit der Deutschnationalen.

Der § 8 gibt den Deutschnationalen Verantwortung, erneut ihre Angriffe gegen das ihnen unbehagliche Gesetz zu wiederholen. So veranlaßt dem Abg. Humle (Deutschnat.) die gewählte Bezeichnung der Behörden, wie „Chef der Freistaatsverwaltung“ und „Oberlandesgericht“ zu einigen höhnischen Bemerkungen über die „eingehende-schlüchtige“ Durcharbeitung der Vorlage.

Nachdem durch den Vertreter des Staatsrats darauf hingewiesen ist, daß die noch nicht endgültige Verfassung immer noch Änderungen der Bezeichnungen bringen kann, wird der § 8 in der vorgeschlagenen Fassung angenommen und zwar bezieht er sich auf das Schiedsgericht das im § 7 vorgesehen ist. Ebenso kommt § 9 zur Annahme.

Elektrizitätsamt oder Elektrizitätsbehörde.

Der § 10 spricht von Auskunftsrechten eines Elektrizitätsamtes.

Abg. Koentag (Dem.) weist auf die Verfassung hin, die ein besonderes Amt resp. Verwaltung für Elektrizitätsbetriebe nicht vorsieht, sondern nur für sämtliche Staatsbetriebe. Damit Sitzungen in der späteren Verwaltungsorganisation vermieden werden, schlägt er die Bezeichnung Behörde für das vorgesehene Elektrizitätsamt vor.

Nach Zustimmung zu dieser Änderung kommt auch dieser § zur Annahme.

Enteignung und Entschädigung von Grundeigentum.

Im § 11 soll der Freistaat das Recht haben, Grundeigentum einzuziehen resp. zu beschränken, wenn es für ein gemeinnütziges Unternehmen zur Erzeugung elektrischer Arbeit bestimmt ist. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt wiederum, statt der vollständigen Enteignung nur eine billige Entschädigung auch für solche Fälle vorzusehen.

Genosse Epil begründet diesen Antrag mit Hinblick auf die notwendige Sparhaftigkeit.

Da das preussische Enteignungsgesetz für den Freistaat noch nicht so konnte dieser § jedoch nach Mitteilung des Staatsratsvertreter Stadtrat Runge beifällig sein.

Unter Zustimmung der Sozialdemokratischen Fraktion, für den nur wieder Sozialdemokraten und Unabhängige stimmen, bleibt jedoch der § in der Verordnung.

Der § 11 nicht

Streisbestimmungen für Auskunftsverweigerungen

oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben gegenüber der Elektrizitätsbehörde vor.

Abg. Ropper (Unabh.) beantragt und begründet, statt der vorgesehene Gefängnisstrafe von 6 Monaten ein Jahr und statt 10 000 Mark Geldstrafe 100 000 Mark festzusetzen, da sich die Unternehmer durch die geringeren Strafen doch nicht schrecken lassen.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen erfolgt Ablehnung des Antrages. Die §§ 13-16 werden darauf ohne Aussprache angenommen, von diesen ist § 14, der den in den gemeinwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern die Bedingungen der Tarifverträge zuerkennt, sowie auch eventuell zur Ent-

lassung kommende Arbeiter Entschädigungen vorsieht, besonders wichtig.

Die Gesamtverordnung ist damit in zweiter Lesung durchberaten. Da die 3. Lesung jedenfalls noch Änderungen bringen dürfte, stellen wir den Abdruck der Verordnung bis dahin noch zurück. Es soll darauf die Vorlage über

die Errichtung eines Elektrizitätsamtes

zur Beratung kommen.

Dem Elektrizitätsamt soll unter Mitwirkung eines Beirates aus Vertretern aller Berufsstände die Durchführung und Leitung der staatlichen Elektrizitätsbewirtschaftung obliegen.

Abg. Koentag beantragt jedoch Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuss um die Zusammenziehung des Beirates und Befugnisse und eventuelle Umstellung dieser Einrichtung noch einmal zu beraten.

Nachdem Abg. Pleitner der Zurückverweisung widersprochen hat, wird mit den Stimmen der Deutschnationalen, Demokraten und Polen nochmalige Ausschussberatung beschlossen.

Als nächste Vorlage liegt ein deutschnationaler

Entwurf eines Richterwahlgesetzes

vor. Auf Antrag der F. W. D. wird jedoch die Tagung der Versammlung um etwa eine Woche ausgesetzt. Der Präsident erhält das Recht die nächste Sitzung einzuberufen.

Danziger Nachrichten.

Die Strafbarkeit der Ueberstunden.

In letzter Zeit wird vielfach darüber Beschwerde geführt, daß trotz der in Danzig bestehenden Arbeitslosigkeit zahlreiche Arbeitgeber von ihren Angestellten und Arbeitern in ausgedehntem Maße Ueberstunden arbeiten lassen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Arbeitszeit sowohl der gewerblichen Arbeiter wie der Angestellten durch Verordnungen des Reiches, die in Danzig fortgelten, geregelt ist. Nach ihnen sind Ueberstunden verboten oder auf ein bestimmtes geringes Maß beschränkt. Die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter wird geregelt durch eine Verordnung vom 23. November 1918, die unter dem 7. Dezember 1918 ergänzt worden ist. Ueber die Arbeitszeit der Angestellten trifft eine Verordnung vom 15. März 1919 eingehend Bestimmungen. Wer entgegen den Bestimmungen Ueberstunden macht oder machen läßt, setzt sich der Bestrafung aus. Zuwiderhandlungen sind mit Geldstrafe bis zu 2000 Mark oder Gefängnis bis zu 6 Monaten bedroht.

Nach dieser Verordnung machen sich also nicht nur die Arbeitgeber strafbar, die Ueberstunden machen lassen, sondern auch Arbeiter, die Ueberstunden ausführen. Für einen gewerblichen Arbeiter wird trotz der Not der Zeit schon aus rein solidarischen Empfinden mit seinen arbeitslosen Kollegen eine Strafandrohung zur Ablehnung von Ueberstunden überflüssig sein.

Sechste Lohnpflöckungsgrenze. Der Staatsrat faßte in seiner gestrigen Sitzung folgenden Beschluß: Die Verordnung über die Lohnpflöckung vom 25. Juni 1919 wurde dahin abgeändert, daß entsprechend der eingetretenen Geldentwertung dem Schuldner 5-9000 Mark verbleiben, wenn er seinen Ehegatten, früheren Ehegatten, Verwandten oder einem unehelichen Kinde Unterhalt zu gewähren hat, und 4-6000 Mark beim Fehlen eines solchen Unterhaltspflichtigen.

? Haben Sie schon Installations- u. Klempnerarbeiten von Gustav Plotzki machen lassen?

Installations- u. Klempnerarbeiten
von **Gustav Plotzki**
Schüsseldamm Nr. 11. Telefon Nr. 3889

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Binden.

(Fortsetzung.)

Wenn der Herrmann auch nur einen Schimmer von Bildung besäße, dann müßte er sich für diese zarte Aufmerksamkeit mit einem Lächeln erkenntlich zeigen.

Poldel wünschte Luise mit folgenden Worten Glück:

„Ich tu auch vielmal gratulieren, junge Frau, und es freut mich gar sehr, daß so ein armer Dienstbote zu so einem großwichtigen Glück gekommen ist. Obgleich wir hier zusammen bereits einen Schaffel Salz verzehret haben, werd ich mich nie unterstehen, Sie „du“ zu nennen, ich werd stets „Frau Birnner“ sprechen.“

„Vielen Dank, Poldel,“ entgegnete Luise. „Öffentlich kann ich dich auch bald im Kranze sehen. Aber sage nur ruhig „du“ zu mir. Von alten Bekannten höre ich das am liebsten.“

„Es macht Ihnen alle Ehre, daß Sie sich stolz sind, Frau Birnner,“ lobte die Kellnerin. „Aber unserer weiß auch, was sich schickt. Ich nehm also die Schwärmerei nicht an.“

Für Frau Lorenz war der heutige Tag ein Triumph. Ihre Tochter war die junge Ehefrau des reichsten Mannes im Dorfe. Ihre Familie sah mit strahlenden Gesichtern, festlich gekleidet um die Hochzeitstafel. Ihr Mann sah um zehn Jahre jünger aus, sie waren jetzt mit den reichsten Leuten im Dorfe verwardt — — — konnte der unbeschreibliche Mensch mehr verlangen?

Luise war das Herz weit vor Glück. Sie hatte den Wunsch Gottes zu tun. Freude war sich zu verbreiten. An ihrer Tür sollte nie ein Armer abgewiesen werden. Sie wollte keinen Traurigen ohne Trost entlassen, und wenn sie einen Feind gehabt hätte, heute würde sie ihm aus vollem Herzen vergelten haben. „Der Herr sei Dank, keinen Feind,“ als sie ihren Gedanken nachhing, hatte sie das unangenehme Gefühl, das man empfindet, wenn man urausgesehen angestarrt wird. Sie blickte auf und erblachte sie in die Lippen.

Die dunklen Augen von Ernst Birnner waren mit dem Ausdruck eines so glänzenden Glückes auf sie gerichtet, daß sie bis ins innerste Herz erschrak. Was hatte sie verbrochen, daß er sie mit seinem Haß verfolgte? Ein Rätselhafter Schimmer über ihren blühenden Körper. Ihre schönen, blauen Augen füllten sich mit Tränen, und sie mußte alle Willenskraft aufbieten, um ein lautes Schlingen zu unterdrücken. Herrmann bemerkte ihre wackelnde Blässe. Er fragte besorgt:

„Du hast dich wohl verfühlt, Weiberle! Trink schnell ein Glas Wein, das bringt das Blut in Wallung!“

Nur den vornehmsten Gästen wurde mit Wein aufgewartet, die andern erhielten Bier. Mutter Lorenz hatte bisher nur Wein getrunken, wenn sie das Abendmahl nahm, nun nippte sie mit Hochgenuss von ihrem Glase. Als sie bemerkte, daß Luise ihr Glas in einem Zuge leerte, erschrak sie förmlich.

Das Mittel wirkte, die Farbe leuchtete auf die Wangen der jungen Frau zurück, und als ihr Gatte ihr liebevolle, zärtliche Worte zuschickte, gewann sie wieder Mut. Herrmann liebte sie, die Schwiegereltern waren ihr wohlgesinnt, was konnte Ernst ihr da zuleide tun?

„Hast du dir in der Kirche die Sänger-Pauline angesehen?“ fragte Herrmann seine junge Frau leise. „Die Kleine in dem roten Kleide, die neben der Seele stand? Das ist dem Ernst seine Zweite.“

„Die ist ja so klein, wie eine Maus,“ gab Luise zurück, „aber sie hat ein gutes Gesicht und freundliche Augen.“

„Auf das gute Gesicht und die freundlichen Augen gibt der Ernst nichts,“ versicherte Herrmann. „Er hat es nur auf ihren großen Geldsack abgesehen.“

Luise seufzte. Sie gedachte der armen, mutterlosen Kinder.

„Ich möchte mal nach den Kindern sehen,“ sagte sie zu Herrmann. „Gute haben die Leute alle Hände voll zu tun, da fehlt es ihnen vielleicht an was.“

Herrmann nickte zustimmend, und die Braut sah sich zu den Kindern. Die Stube mußte nicht gerade nicht aufgeräumt worden sein, der Staub lag dick auf den dunklen Möbeln. Minna hatte ihr bestes Kleid an, aber es hatte viele Flecken und wies ein großes Loch auf. Tranggott sah auf die Diele und weinte laut.

„Du, Tranggott,“ fragte die junge Frau leise. „Was machst du denn?“

„Wir holen noch so. Mittags bekommen,“ sagte Minna. „Ich war schon zweimal in der Küche, aber die Dame ist so streng.“

„Was ist denn eure Saat?“ fragte Luise.

„Die spannt die Leute doch in der Küche an,“ sagte Minna bedrückt.

Die junge Frau sagte dafür, daß die vernünftigen Kinder ein reichliches Mittagessen erhielten. Sie gab dem kleinen Tranggott die Suppe, schnitt dann das Fleischlein und freute sich, wie es ihnen schmeckte. Als die Kinder gesättigt waren, nahm Luise sie mit in den Saal. Minna setzte sich an den

wesenden dreist und stellte Vergleiche an, die treffend, aber keineswegs schmeichelhaft waren. „Wißlich, rief sie über der Tisch herüber:

„Vater, hätten Sie doch die Luise genommen. Da war mein neues Kleid längst fertig.“

Ernst Birnner wurde glühend rot und dann sehr blaß. Er sagte mit rauher Stimme:

„Stoß dir das Maul mit Kuchen und red nicht so dumme! Aber das verzogene Kind war nicht so leicht einzuschätern.“

„Ganzlos begann Minna von neuem:

„Nu, ich wäre zufrieden gewesen, wenn Sie die Luise genommen hätten. Der Onkel Herrmann konnte warten, bis ich groß bin.“

„Das hätte mir zu lang gedauert, mein Puttel,“ rief der junge Herrmann lachend aus. „Dabei wäre ich alt und grau geworden, und dann hättest Du mich nicht mehr gemocht.“

„Einen Granlopf mag ich nicht,“ verzerrte die Kleine mit solcher Entschiedenheit, daß alle Anwesenden lachten. „Ich will einen Jungen, Säckchen haben!“

„Damit hat es noch gute Weile,“ rief Ernst Birnner, der seine Fassung wiedergewonnen hatte. „Du machst dich hier unnützlich, geschnapptes Wädel, geh wieder in eure Stube und nimm die Jungen mit.“

Minna beraubte den Mund ganz ein und ließ sich nicht weiter beschweren. Sie sah die Kinder lachend aus dem Saal. Nur Luise sah den Kindern teilnehmend nach, die andern wußten sich mit Eifer der Vertilgung des fetten Schweinebäckers, den sie mit viel Bier hinunterspülten.

Als die Stimmung sehr heiter geworden war, begann der Tanz.

Was für eine Monne war es für die Reubermächten, miteinander im Laufe dahinzuschweben! Die kräftige und doch so biegsame Gestalt der jungen Frau ruhte voll zärtlicher Hingebung in Hermanns starken Armen. Ihre blauen Augen blickten mit dem Ausdruck der innigsten Liebe an seinem häßlichen, von dem Saum gebildeten Gesicht. Als ein lachender Malting lag das Leben der ihr. Ihr reines Herz war voll Dank für Gott, der sie so glücklich geliebt hatte.

So wie das junge Paar es möglich machen konnte, suchte es gegenseitig Mutter Birnner auf, die über diesen Festtag lachend war.

(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

„Verbilligte“ Kohlenpreise.

Der Danziger Bevölkerung ist großes Heil widerfahren. Den Bemühungen des Brennstoffamtes ist es gelungen, eine Herabsetzung des Preises für Steinkohlen bei den Händlern durchzubringen. Nachdem mehrfache Bemühungen, eine Milderung der in Deutschland zu zahlenden Lieferungspreise zu erreichen, ergebnislos verlaufen sein sollen, hat man sich an die hiesigen Kohlenhändler gewandt. Diese haben nun nach tüchtiger Bearbeitung ihrem Herzen einen Stoß gegeben und sich zu einer Verbilligung entschlossen. Allerdings, soweit die Preisermäßigungen lauten, nur für Steinkohlen, und bei diesen auch nur um 50 Pfg. für den Zentner. Es werden diese also ab Lagerplatz „nur“ noch 25,50 Mk. statt wie bisher 26 Mark kosten. Damit ist aber der veruchte Abbau, der auf den Kohlenpreis 2 Prozent beträgt, also soviel als bei früherer Barzahlung als Kassanachschuß üblich war, noch nicht abgeschlossen. Sondern die Gebühr für die Zufuhr ist von 1,80 auf 1,50 Mk. für den Zentner vermindert. Insgesamt werden also die Steinkohlen pro Zentner 80 Pfg. billiger geliefert werden.

Wenn auch jede Preisermäßigung durchaus zu begrüßen ist und besonders für den Arbeiterhaushalt auch 80 Pfg. eine gewichtige Rolle spielen, so wäre es doch wohl zu großzügig, diese Preisermäßigungen, die auch wohl nur den guten Willen der Kohlenhändler beweisen sollte, etwa als einen Preisabbau zu bezeichnen. Die Bevölkerung dürfte von diesem Entgegenkommen der Kohlenhändler leider auch nicht den „großen Vorteil“ haben, wie es in der Öffentlichkeit darzustellen versucht wird. Denn es handelt sich nur um Steinkohlen, die für den Haushaltsgebrauch sowie bisher wohl kaum im größeren Maße zur Verfügung gestanden haben und deren Preis auch wohl für die Zukunft mehr auf dem Papier stehen wird. Kurz und gut: Laßt es, die bei uns kaum besondere Freude an der Verbilligung der Kohlenpreise aufkommen lassen können. Wenn wir den Kohlenhändlern auch den „bekundeten guten Willen“ werden attestieren müssen, so wird man uns andererseits trotz unserer Zurückhaltung als Nörgler hinstellen.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung

findet am Dienstag, den 12. Oktober, nachmittags 4 Uhr, statt. Die öffentliche Sitzung bringt u. a. folgende wichtige Tagesordnungspunkte: Mitteilung des Magistrats betr. Jahresspreismäßigung der Straßenbahn, an Schwerverkriebsbeschädigte. — Bericht über die außerordentliche Prüfung der städtischen Sparkassen-Hauptstelle. — Wahlen. — Anträge von Stadtverordneten, betr. Verzung eines sozialistischen Stadtrates in das Wirtschaftsamt. — Geschäftsführung der Stadt, Sparkasse. — Straßenbahnlinie Hauptbahnhof—Werditor. — Aufnahme von 2 Stadtverordneten in die Kandidatengruppe. — Erste Lesung des Haushaltsplanes für 1920/21 der Forst- und Anlagenverwaltung und Genehmigung bereits geleisteter Zahlungen. — Anfrage des Genossen Grünhagen betr. Erhöhung der Vegetation. — Berichterstattung und Anträge des Eingaben- (Petitions-) Ausschusses.

Mitgliederversammlung des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Am Sonntag, den 8. Oktober tagte im Wertpfeifehaus eine außerordentliche Mitgliederversammlung, in welcher der Kollege Werner den Bericht von der Gau- und Ortsvorsteher-Konferenz in Berlin erstattete. Neben geschäftlichen Mitteilungen, die vom Verbandsvorstand der Konferenz gemacht wurden, war der wichtigste Gegenstand der Verhandlungen, die Tarifabschlüsse und Lohnbewegungen, die infolge der immer zunehmenden Teuerung einen bedeutenden Umfang angenommen haben. Während im Vorjahre und zu Beginn dieses Jahres die Erfolge der Bewegung noch immerhin recht nennenswerte waren, so ist nach dieser Richtung ein Stillstand zu verzeichnen. Die allgemeine wirtschaftliche Lage habe sich zweifellos verschlechtert, so daß das Unternehmertum in Deutschland die Zeit als gekommen erachtet, seinerseits Tarifabschlüssen auszusprechen und mit Schnabbau vorzugehen. Wenn auch bisher ein Abbau der Löhne abgeschlagen werden konnte, so werde der Druck von Seiten des Unternehmertums immer fühlbarer. Die Folge davon war, daß unsere Organisation in verflochtenen Quartalen in eine große Reihe von Streiks und Ausfährungen verwickelt wurde, jedoch im Gesamtverband zirka 60—80 000 Streikende regelmäßig zu unterstützen waren. Die Aufwendungen, die durch Streiks im letzten Quartal gemacht sind, betragen 11 Millionen Mark, so daß die Anforderungen an die Verbände stellen gewaltig waren.

Das Unternehmertum ist bestrebt, unsere Verbände zum Weichbluten zu bringen, um die Stärke der Organisation für die Zukunft herabzumindern. Demzufolge muß danach getrachtet werden, die Verbände so weit wie möglich zu gestalten und die Konferenz der Gau- und Ortsvorstände einstimmig beschließen, für das dritte und vierte Quartal einen Ertragsbeitrag in Höhe von je zwei Wochenbeiträgen auszusprechen, so daß bis Schluß dieses

Jahres vier Ertragsbeiträge zu zahlen sind. In Anbetracht der gegenwärtigen Situation, wo auch das Danziger Unternehmertum einen verschärften Widerstand den Forderungen der Arbeiterschaft entgegensetzt, empfiehlt der Berichterstatter Kollege Werner, diesem Beschlusse beizutreten und gern und freudig für die Aufrechterhaltung der Stärke des Verbandes Sorge zu tragen. Die Ausdrücke über diesen Punkt war eine sehr lebhaft. Man erkannte ohne weiteres die Notwendigkeit dieser Maßnahme an und es wurde der Beschluß des Hauptverbandes mit großer Majorität gegen wenige Stimmen gut gehehen.

Sodann beschäftigte sich die Versammlung mit zwei Ausschlußanträgen. Gemäß §§ 8 a und 8 b des Statuts wurden der Kraftwagenführer Gustav Müller wegen Streikbruchs und der frühere Verbandsangestellte Franz Eugling wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung für dauernd aus der Organisation ausgeschlossen. Nach Erledigung weiterer interner Verbandsangelegenheiten fand die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

Zweifelhafte Brandstiftung vor dem Schwurgericht.

Eine Anklage wegen vorsätzlicher Brandstiftung führte gestern den Kleider-Gustav Baumann aus Jänitzken im Kreise Schöndorf auf die Anklagebank des Schwurgerichtssaales. Baumann hatte in dem Ort ein kleines Ladengeschäft mit allen möglichen Dingen betrieben, wie es auf dem Lande üblich ist. Grundstück und Geschäft hatte er an einen gewissen Witus im Herbst vorigen Jahres verkauft. Witus hatte dieses schon nach ganz kurzer Zeit mit erheblichem Gewinn weiterverkauft, wodurch Baumann, der inzwischen ein anderes, ganz in der Nähe gelegenes Grundstück bezogen hatte, eine neue Konkurrenz entstand. Die Auflösung des früheren Baumannschen Grundstückes an den neuen Käufer sollte am 27. Oktober erfolgen. In der Nacht vorher brannten plötzlich Stall und Scheune des Grundstückes nieder, wodurch dem letzten Käufer an Futtermittel, Vieh usw. ein recht erheblicher Schaden entstand. Baumann soll sich vorher durch abfällige Redensarten über den neuen Käufer verdächtig gemacht haben. Eine Fußspur, die von dem neuen Grundstück Baumanns nach seiner früheren Wohnung hin führte, wurde als die seinige festgestellt. Der Polizeihund des dortigen Landjägers wurde auf die Spur angelegt, folgte ihr und verlor schließlich Baumann auf dessen neuem Grundstück. Daran, daß Baumann sich nachts zu der alten Wohnung hinanschleichen und dort die Brandstiftung vorgenommen, schien zunächst kein Zweifel und es wurde gegen ihn Anklage erhoben. Die Sache war bereits in der vorherigen Schwurgerichtsperiode zur Verhandlung angesetzt gewesen, mußte aber wegen Ausbleibens des inzwischen nach Vommern verkehrten Landjägers vertagt werden. Baumann bestritt nach wie vor die Täterschaft. Er sei in jener Nacht nicht ganz wohl gewesen und habe geschlafen bis eine Mitbewohnerin des Hauses ihn geweckt und ihm von dem Brande auf seiner früheren Wohnung Mitteilung gemacht habe. Dann sei er auf Straßenbahn dahin gelaufen, um zu sehen, was geschehen sei. Auf diese Weise sei die Fußspur entstanden. Da die Verhandlung keine erheblichen Beweismittel ergab, die mit einiger Bestimmtheit auf eine Täterschaft des Angeklagten als Brandstifter hindeute, so konnten sich auch die Geschworenen von seiner Schuld nicht überzeugen und verneinten die Schuldfrage, worauf Baumann freigesprochen wurde.

Neue Verhaftungen in Dirschau.

Gestern wurden nach einer Meldung aus Marienburg vier Mitglieder des Berliner Operettentheaters widerrechtlich bei der Durchreise in Dirschau von den Polen verhaftet. Für die Verhaftung der Schauspieler, die zu einer Aufführung nach Marienburg wollten, lag durchaus kein Grund vor. Ein fünftes Mitglied konnte sich der Verhaftung nur durch Verstreifen entziehen.

Eine Steigerung der polnischen Rechtsbrüche scheint kaum noch denkbar zu sein. Die deutsche Regierung dürfte sicherlich Veranlassung haben, energische Vorstellungen gegen die willkürliche Verhaftungen deutscher Staatsbürger in Polen zu erheben.

Für die Schwerverkriebsbeschädigten

hatte die sozialdemokratische Fraktion in einer früheren Stadtverordnetenversammlung den Magistrat ersucht, durch Verhandlungen mit der Straßenbahn eine Fahrpreisermäßigung zu erreichen. Bisher hatte die Straßenbahnverwaltung den Kriegsblinden eine Ermäßigung eingeräumt dadurch, daß diese für sich und ihren Begleiter nur den Fahrpreis für eine Person zu entrichten brauchten. Die Zahl der Inhaber dieser Vergünstigung beträgt zurzeit 35 Personen. Außerdem hatte die Straßenbahnverwaltung bei der letzten Tarifserhöhung 42 Fahrtarten an Schwerverkriebsbeschädigte zur freien Benutzung der Straßenbahn gewährt. Im Verhandlungswege hat der Magistrat nun auf Grund des sozialdemokratischen Antrages erreicht, daß die Verwaltung der Straßenbahn zu diesen Vergünstigungen weitere 18 Freifahrten für Schwerverkriebsbeschädigte überwiesen hat.

Die geringe Zahl wird allerdings nur wieder eine Berücksichtigung der allermäßigsten Fälle zulassen.

Die Beschädigten bei der Ost- und Gemüseliste.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der „Vostgall“ stelle für Gemüse und Obst, G. m. b. H., in Liquidation in Danzig, fand gestern der erste Konkursstermin statt. Nach dem Beschluß des Konkursverwalters findet sich nach dem Verlaufe über die Konkurslage gewonnen. Die Hauptausfallsperson ist der Geschäftsführer Kemer, der noch in Hamburg in Haft sitzt. Die Mitglieder der Gesellschaft sind die Banktreue der früheren Provinz Westpreußen, die jetzt auf drei Staaten verteilt sind. Erst einer der Kreise in Pommern hat seinen Geschäftsanteil eingezahlt. Er und wieder für die Gläubiger herauszukommen wird, läßt sich auch nicht annähernd übersehen.

Die Geschäftsführung dieser Stelle scheint sich unter den Augen der Behörden in sehr eigenartiger Weise abgespielt zu haben, denn sonst wären die Untersuchungen des früheren Leiters Kemer in Höhe von 150 bis 200 000 Mark, die er selbst eingeleitet, nicht möglich gewesen.

Ueber die Auslieferung des in Hamburg verhafteten Betrügers (schweben noch Verhandlungen).

Künstliche Augen für Kriegsbeschädigte. Der bekannte Augenkünstler Müller-Urri, welcher für die ehemaligen Oesterreich-ungarischen künstliche Augen nach der Natur herstellt, wird in der Zeit vom 21.—24. Oktober in Danzig anwesend sein und im Hotel Norddeutscher Hof, Stadtgraben 8/12, gegenüber dem Bahnhof, von 8—12 und 2—5 Uhr Sprechstunden abhalten. Kriegsbeschädigte des Reichs, welche künstliche Augen notwendig haben aber Ertrag solcher herbeizuführen wollen sich umgehend beim Versorgungsamt, Samtgasse melden, wobei sich nach Prüfung ihrer Ansprüche zunächst ihre Überweisung an den Vertragsarzt, Augenarzt Dr. Wendt, Langfuhr, Hauptstraße 24, erfolgt. Letzterer stellt alsdann die Notwendigkeit der Behandlung fest und veranlaßt die Überweisung an den Augenkünstler Müller-Urri.

Die Abgabe von Lebensmitteln für die kommende Woche wird in der heutigen Nummer unserer Zeitung bekanntgemacht.

Ausgabe der Brot- und Mehlkarten. In der heutigen Nummer unserer Zeitung wird bekanntgemacht, daß die Brot- und Mehlkarten diesmal gegen Abgabe der Hauptkarte Nr. 2 bei den Bäckern, Brot- und Mehlhändlern ausgegeben werden, bei denen die Anmeldung auf Grund der neuen Nahrungshauptkarte erfolgt ist.

Benjinderteilung. Wir verweisen auf die Bekanntmachung im heutigen Anzeigenteil betreffend die Benjinderteilung für den Monat Oktober.

Eine gestohlene Schreibmaschine angehalten. Ein auswärtiger hier zugereister fremder Mann versuchte eine Schreibmaschine Underwood mit polnischen Typen zu verkaufen. Der Betreffende wurde festgehalten und die Schreibmaschine beschlagnahmt, da anzunehmen ist, daß sie aus einem Diebstahl herrührt. Etwaige Bestohlene können sich bei der Kriminalpolizei melden.

Abgehaltener Kartoffelwucherer. Der Besitzer Graf Hohmann aus Nieder-Sommerlau kam mit einer fuhre Kartoffeln in die Stadt und verlangte für den Zentner 25 Mark und 5 Mark Fußlohn. Er wurde vom Publikum dieserhalb umstürmt. Ein hinzugekommener Polizei-Oberwachmeister versuchte die Personalfisten dieses Mannes festzustellen. Hohmann weigerte sich dessen, hieß auf seine Pferde ein und gelangte im raschen Galopp nach Sadowitz. Durch telephonische Verbindung gelang hier seine Festnahme. Da er sich aber auch jetzt noch weigerte seine Personalfisten anzugeben, mußte er in das Polizeigefängnis eingeliefert werden. Die Hälfte der Kartoffeln hatte er bereits in Stadtbetrieb umgesetzt und die andere Hälfte (10 Zentner) wurden beschlagnahmt und der dortigen Kartoffelstelle zum Verkauf überwiesen. Nach Feststellung seiner Personalfisten und Identität konnte Hohmann entlassen werden.

Jede Höchstpreisüberbreitung sollte immer sofort zur Anzeige gebracht werden.

Polizeibericht vom 8. Oktober 1920. Verhaftet: 10 Personen, darunter 1 wegen Raubüberfalls, 1 wegen Diebstahls, 2 wegen Körperverletzung, 6 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Leinwandkarte für Gertrud Franke; 1 Kinderstrumpf; 1 Wollsocke; 1 Ärmelstückel, abgehoben aus dem Rumbureau des Polizeipräsidenten; 1 goldener Mantelknopf mit grünem Stein und Monogramm, abgehoben von Regierungsobersekretär Thurm, Heilsberger Weg 5.

Wasserstandsrichten am 7. Oktober 1920.

	gestern	heute	gestern	heute
Zornhöft	+1,14	+1,10	Karzebrack	+1,06
Wasschau	+1,18	+1,18	Montauerspitze	+0,72
Schönbau	+6,68	+6,68	Dielich	+0,68
Galatzberg	+4,61	+4,64	Dirschau	+0,84
Neuhofersbüsch	+2,22	+2,06	Einlage	+1,80
Thorn	+0,63	+0,60	Schleichenhorst	+2,18
Forbon	+0,78	+0,55	Wolfsdorf	+0,36
Caln	+0,54	+0,52	Amnack	+0,71
Graubenz	+0,76	+0,65		

Verantwortlich für den redaktionellen Teil Fritz Weber, für die Inserate Bruno Gwerc, beide in Danzig. Druck und Verlag J. G. Schi. u. Co., Danzig.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Abgabe von Lebensmitteln.

Im Laufe der nächsten Woche kommen folgende Lebensmittel zur Ausgabe.
1. Auf die Speisefestkarte:
125 Gramm Schmalz zum Preise von Mk. 15.— für das Pfund auf die Marke 11.
Die Butterhändler erhalten die Bezugscheine hierfür am Sonnabend, den 9. d. Mts. in der Zeit von 11 U. bis 11 U. in der Mehlerei-Abteilung, Kaserne Wieden, Eingang Pöggendorfpfahl, Flügel B, hochpartiere.
2. Auf die Lebensmittelkarte:
a) Bei den Fleischern werden für jeden einzelnen Kunden auf die Marken 3 und 2 A der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder 125 Gramm La Rinder (erentalg zum Preise von Mk. 12.— für das Pfund) ausgegeben.
b) 150 Gramm Haferslocken zum Preise von Mk. 1,60 für das Pfund, Marken 4 und 4 S der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie Marken 6 und 6 A der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.
c) 250 Gramm Mienenhonig zum Preise von Mk. 12,50 für das Pfund, Marken 5 und

5 S der Danziger Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder, sowie Marken 7 und 7 S der Lebensmittelkarten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden.

Die Händler erhalten den Mienenhonig durch das Lebensmittelamt, Kaserne Wieden, Pöggendorfpfahl, Flügel B, Zimmer 31.

Die Restbestände an Pflmelade können markenfrei verkauft werden.

Die für Pflmelade berechneten Marken haben die Fleischer der Radrungs-Kaserne, Kaserne Wieden, Pöggendorfpfahl, Flügel B, 1. Obergeschoss, Zimmer 18, einzuziehen.

Die Erziehung der übrigen berechneten Marken erfolgt in der üblichen Weise.

Danzig, den 7. Oktober 1920. (2431)

Der Magistrat.

Ausgabe der Brot- und Mehlkarten.

Die Brot- und Mehlkarten werden diesmal gegen Abgabe der Hauptkarte Nr. 2 bei den Bäckern, Brot- und Mehlhändlern ausgegeben, bei denen die Anmeldung auf Grund der neuen Nahrungshauptkarte erfolgt ist.

Danzig, den 7. Oktober 1920. (2429)

Benjinderlieferung für Oktober.

Die von dem Benjinderamt den einzelnen Empfängern zugebilligten Mengen Benjin für den laufenden Monat können wieder in bekannter Weise von der Danziger Amerikanischen Petroleum-Import-Gesellschaft m. b. H., Danziger Neufahrweg, Pöggendorfpfahl, Zimmer 28 (Tel. 169) zum jetzigen Preise abgefordert werden.

Somit eine Erlösung der Benjinderlieferung ist, und die entsprechenden Anträge im Benjinderamt, Danziger Neufahrweg, Pöggendorfpfahl, Zimmer 28, einzureichen.

Danzig, den 5. Oktober 1920. (2430)

Benjinderamt für das Gebiet der Königl. Freien Stadt Danzig.

15 000 kg Wagenfellen

In 32 Stück 5,40 m langen Wagenfellen sollen gegen Höchstpreis verkauft werden. Beschaffung während der Arbeitszeit auf der Bonifelle „Neues Zeughaus“ an der Promenade. Schriftliche Angebote sind bis zum 13. Oktober an das Büro im Eisenbahndirektionsgebäude, Zimmer 428, einzureichen.

Danzig, den 7. Oktober 1920. (2428)

Der Magistrat.

Ata

reinigt und schneuert alle Geräte aus Porzellan, Emaille, Holz, Metall, Glas, Stein, Marmor usw.

Bestes Scheuermittel für Haushalt, Gewerbe und Industrie.

Vorzügl. Herdputz.

Überall erhältlich.

Henkel & C^o., Düsseldorf?

Fabrikanten von „Ata“ und Henkel's Bleich- Soda.

(1926)

Diat und Musturz

in wirtschaftlichen Fragen erteilt allen Frauen und Mädchen jeden Mittwoch von 5—7 Uhr abends

Die Frauenkommission der S. P. D.

A. Baum 711, Zimmer 4

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Freitag, den 8. Oktober 1920, abends 6 1/2 Uhr
Dauerkarten C 1.

Tannhäuser

oder: Der Sängerkrieg auf der Wartburg
von Richard Wagner.

Sonntags, den 9. Oktober 1920, abends 7 Uhr
Opernhaus D 1. (Opern). Drama in 5 Akten
von Franz Schreker.

Sonntag, den 10. Oktober 1920, abends 7 Uhr
Familiendrama keine Gültigkeit. Die
Jaulitische Oper in zwei Aufzügen von
W. A. Mozart

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater)

Te. 92. Tel. 200
Direktion: Paul Hansmann
Kunstl. Leitung: Dr. Sigmund Kunstadt

Heute Freitag, den 8. Oktober

Anfang 7 Uhr Anfang

Die Dame vom Zirkus

Operette in 3 Akten von Jean Kren
und Bernhard Buchbinder.
Musik von Robert Winterberg.

Morgen Sonnabend, d. 9. Oktober
Zem 1. Male

„Der Zigeunerbaron“.

Vorverkauf täglich von 10-3 Uhr
bei Köllm. Langemarkt 25 und von
10-5 Uhr im Warenhaus Freymann.
Sonntags v. 9-2 an d. Theaterkasse.

In den Parterre-Räumen:

Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Sporthalle, Gr. Allee 15.

Sonnabend, den 9. und Sonntag, den 10. Oktober
Ein sportliches Ereignis.

Sonnabend, d. 9. Oktbr. Ernst Siegfried der deutsche Recke
gegen Heinrich Lobmayer Meisterkämpfer von
Deutsch-Oesterreich

Der Sieger dieses Kampfes gegen
Sonntag, d. 10. Oktober M. Paradanoff Meisterkämpfer
von Europa, Rußland.

Beide Kämpfe um d. Meisterschaft v. Deutschland bis zur absol. Entscheidung.

Im vorherigen Kämpfe, vormalig im Sporthalle auf der Markt, bei dem der Titel gewiß
Mastried erlitt. Lobmayer wurde durch seine unglücklichen Knochen beschien,
da er seine beherrschte im Rücken hatte. Paradanoff erklärte, daß er mit dem
Kampfe Siegfried Lobmayer als Sieger hervorgeht, bis zu dem die Sieger zu Fall
zu bringen und die Meisterschaft von Deutschland zu erobern.

Wer wird die Meisterschaft gewinnen??

Vor den Kämpfen: Grosses Konzert.

Eröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Eintrittskarten-Vorverkauf:
Zigarrenhaus Krüger & Oberbeck, Langgasse 80, Ecke Woltweberg.

Da die Eintrittskarten bald vergriffen sein dürfen, wurde der schnelle Abverkauf
wegen und soll, so eben im Vorverkauf Eintrittskarten zu haben.

Sichern Sie sich rechtzeitig Platz.

Sinderjegen — und kein Ende?

Ein Wort an denkende Arbeiter von
Fritz Brupbacher, Arzt in Zürich.
— Preis 1 Mk. —

Buchhandlung Volkswacht,
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Verlangen Sie die
„Volkstimme“
in den Gaststätten!

Ein Kampfmittel gegen die Reaktion: Deutscher Reaktions-Almanach

für das Jahr 1920

mit Beiträgen bekannter jtz. Schriftsteller und Künstler
herausgegeben von Ernst Drahn.

Unverfälscht und schlagkräftig, in ernster und satirischer Form,
in Wort und Bild werden die Ereignisse und die bedenklichen
Erscheinungen unserer Zeit darin behandelt und gezeigelt.

Wenn Sie Freude bereiten und für Ver-
breitung von Aufklärung sorgen wollen,
bestellen Sie für sich und Ihre Freunde (auch
als Geschenk zu Geburtstagen usw.) den

Deutschen Reaktions-Almanach für 1920

Preis (152 Seiten stark) 6 Mark

Buchhandlung Volkswacht, Danzig, Am Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32

Meine Putzabteilung

bringt moderne deutsche Moden
zu sehr billigen Preisen

Grosse Auswahl
in
garnierten Hüten
Hutformen
Filzhüten
jugendlichen Kappen
Federn
Reihern
Fantasies

2425)
Besichtigen Sie bitte meine Putz-Abteilung und
meine Schaufenster

Julius Goldstein

Lawendelgasse 4 gegenüber der Markthalle

1 Kl. Kleiderschrank,
1 Herrenuhr
jeder billig zu verkaufen
Goldschmiedeg. 10. 11. (2421)



Junkergasse 7
Ecke Breitgasse

Ab heute bis Montag
5 Abenteuer
des Verbrecher-Königs
Charly Bill

Das geheimnis-
volle Kennwort!

Abenteuer-Detektiv-
drama in 5 gewaltigen
spannenden Akten.
Charly Bill, Julius Brandt

„Frühling
und Tod!“

Ein Mädchenschicksal
in 4 Akten.

Außerdem: (2432)
Lustspiel-Einlage!

Volkfürsorge

Bewerkschaftlich-Genossen-
schaftliche Versicherungs-
Aktiengesellschaft

Kein Polteuerfall.
— Sterbekasse. —

Günstige Tarife für
Erwachsene und Kinder.
Auskunft in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von der

Verwaltungsjetzt 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenbuden 35.

Bibliothek

der freien Gewerkschaften,
Kalkgasse 6

Bediffnet Montags, Mitt-
wochs und Sonnabends
von 6 bis 1/8 Uhr

Den Mitgliedern der
freien Gewerkschaften
zur unentgeltlichen
Benutzung empfohlen

Ausweis:
Mitgliedskarte oder Buch
Besitzung

für Klempnerei u. Instal-
lationsgeschäft stellt ein
Gustav Ploßki, Klempner-
meister, Schäffeldamm 11.
(2394)

Neuerscheinungen! Kulturfragen!

Die neue Schule
von Max Tepp . 3.60

Expressionismus
von Heinrich Vogeler . 3.60

Buchhandlung „Volkswacht“
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Preisermässigung

Stehkragen von 7.50 Mk., Vorhemden 10.00 Mk.,
Stehmülogkragen 11 Mk., Manschetten 19 Mk. an.
Kein Cellulose-Dauerwäsche (2177)

Johanniegasse Nr. 28, E. Halfar.
Reparaturen werden haltbar u. sauber ausgeführt.

+RHEUMA+

Gicht, Ischias, Lähmungen, Neuralgie,
sämtliche chronische und akute Leiden.

Moderne Spezial-Behandlung.
Nachweislich ausgezeichnete Heilwirkung. (2432)

Arztlich geleitete Naturheilanstalt.
Danzig, Stadtgärten 13, Sprechstunden werktäglich 9-3.

Laufburschen,

der möglichst in der Reichskolonie oder Langfuhr
wohnt, sucht
„Danziger Volkstimme“
Am Spendhaus 6.



LICHTSPIELE

Von Freitag, den 8. bis 14. Oktober
Erstausstellung

!Ossi Oswald!

Ab Freitag, d. 8. Oktober, täglich nachm. 4 Uhr
Jugend- und Familien-Vorstellung.
Auf verhängen Wunsch Wiederholung

Die Puppe!

Lastspiel in 4 Akten. Haupt- u. Titelfrolle
Ossi Oswald.

Ferret
Ein Trickfilm in einem Akt und
ein Lehrfilm.

Einheitlicher Preis für Kinder u. Erwachsene
auf allen Saal- u. Kassenplätzen M. 2.50.
Kasseneröffnung 3 1/2 Uhr. Beginn 4 Uhr.
In diesen Vorstellungen wird Ossi Oswald
sich persönlich der Jugend mit einer
Ausprache vorstellen.

Abends um 6 und 8 Uhr
Geschlossene Vorstellungen.

Persönl. Auftreten der beliebten Fildmva
Ossi Oswald.

Margarete Köhler, Arthur Weinchenk
in ihrem reizenden Filmstück

„Die Wohnungsnot“

Vorher der 1. Film der Lotte Neumann-Serie
„Die Glücksfalle“

Schauspiel in 3 Akten nach dem Roman
von F. L. v. Zobelitz.
In der Hauptrolle: Lotte Neumann.
Bühnenstück für diese streng geschlossene Vor-
stellungen 1 Stunde vor Beginn.
Erhöhte Preise! (2414)

Gedania-Theater

Schlüsseldamm 33/35.

Achtung! Ab heute! Nur 4 Tage!
Das schwarze Programm!

Ueber den Wolken

Abenteuer eines Vlieg. recht in 5 Akten.
Die Nacht der Prüfung!
Drama in 6 Akten. (2424)

Hauptdarsteller:
Dagny Servaes, Theodor Loos

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich

Odeon- u. Eden-Theater

Von Freitag bis Montag
4 Tage

Lepain VI. Teil

Fortsetzung
des aussergewöhnlichen Abenteuerfilms
Vollständig abgeschlossen
Lepain: Louis Ralpb.

Erblüherte Blüten!

Grosses Operettenschauspiel in 6 Akten mit
Mia Pankau — Hugo Flink

Passage-Theater

Von Freitag bis Montag
4 Tage

Der grosse Film: (2427)
Die glühende Kammer

5 Sauerst spannende Akte.
Hauptrolle: Edward u. Winterstein
und Rosa Valetti

Ubo Thomsens Heimkehr

Drama in 5 Akten mit Viggo Larsen.